

„Es braucht gute Folgeabschätzungen“

Seit über 10 Jahren sitzt Herbert Dorfmann für die Europäische Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament. Davor leitete er aus Südtirol stammende studierte Agronom fast zehn Jahre den Südtiroler Bauernbund. Derzeit ist MdEP Dorfmann im Agrar-ausschuss Berichterstatter des Initiativberichtes zur Farm-to-Fork-Strategie.

Wie bewerten Sie die übergeordneten Ziele der EU-Kommission in der Farm-to-Fork-Strategie und wo sehen Sie die größten Herausforderungen für die Landwirtschaft?

MdEP Herbert Dorfmann: Wenn die EU auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise Vorbild sein will, kann sich die Landwirtschaft selbstverständlich nicht ausklinken. Ich finde es auch richtig, dass die Kommission zumindest den Versuch unternommen hat, Lebensmittelpolitik als Ganzes zu sehen; also vom Feld bis hin zum Verbraucher. In der Realität ist dieser Versuch aber nur teilweise geglückt: Die Strategie ist zum größten Teil eine Farm-Strategie geblieben und der Fork-, also der Lebensmittelteil ist ziemlich schwammig. Es entsteht der Eindruck, als ginge es vor allem darum, die Landwirtschaftspolitik der EU zukünftig nicht mehr ausschließlich in den Händen der Agrarier zu halten, sondern anderen Generaldirektionen (Umwelt und Gesundheit) und den entsprechenden politischen Entscheidungsträgern in der Kommission, im Rat und im Parlament mehr Einfluss auf die Agrarpolitik zu geben.

Der Initiativbericht entsteht als Kooperation zwischen Agrar- und Umweltausschuss. Wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Umweltseite agrarpolitische Punkte überstimmt?

Dorfmann: Diese Gefahr ist natürlich gegeben, vor allem, weil der Umweltausschuss deutlich größer ist als der Agrarausschuss. Deshalb ist es für mich als Berichterstatter im Agrarausschuss wichtig, von Anfang an in zentralen Punkten ein Einvernehmen mit dem Umweltausschuss zu suchen. Letztlich wird dieser Initiativbericht aber im Plenum des Parlaments abgestimmt und wird damit die Meinung des gesamten Parlaments und nicht nur der zwei Ausschüsse wiedergeben.

Halten Sie die ambitionierten Ziele der Kommission, z. B. in Sachen Pflanzenschutz, für umsetzbar?

Dorfmann: Es ist richtig, dass wir uns über Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft Gedanken machen und uns diesbezüglich Ziele setzen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es durchaus möglich ist, mit weniger Input an Pflanzenschutzmitteln, Antibiotika oder mineralischen Düngern auszukommen. Allerdings muss allen klar sein, dass man Pflanzenschutzmittel und mineralische Dünger nicht nur einfach reduzieren kann, sondern dass es dann Alternativen geben muss. Das können neue, weniger umweltbelastende Wirkstoffe sein, Neuzüchtungen, resistenterer Pflanzen – hier werden wir uns neuen Züchtungsmethoden öffnen müssen – oder das kann z. B. eine intensivere Nutzung von organischem Dünger sein.

Die Vorhaben der Kommission stoßen bei der Praxis teils auf Unverständnis. Wie kann es gelingen, dass der European Green Deal auch die praktische Landwirtschaft „abholt“?

Dorfmann: Es liegt in der Natur der Bauern, dass sie in Generationen denken. Kaum ein Bauer oder eine Bäuerin hat ein Interesse, das eigene Land oder den eigenen Boden so weit auszubeuten oder zu verunreinigen, dass er für zukünftige Generationen nicht mehr brauchbar ist. Wenn der Weg zu mehr Nachhaltigkeit vernünftig gestaltet wird, bin ich überzeugt, dass die Landwirtschaft ihn auch mitgeht. Wenn allerdings, wie es immer öfter passiert, politische oder pseudowissenschaftliche Akteure, die von Praxis in der Landwirtschaft wenig bis gar keine Ahnung haben, oder NGOs, die ihr Geld damit verdienen, Landwirtschaft schlechtzureden, ausgebildeten Bauern tagtäglich vorwerfen, sie würden schlecht arbeiten, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Bäuerinnen und Bauern skeptisch sind. Daher ist es auch unsere Aufgabe, diesen Kräften Einhalt zu gebieten und ihnen entschieden entgegenzutreten.

Wenn die umweltpolitischen Ambitionen der EU weiter steigen, könnte die heimische Produktion vermehrt in Drittstaaten abwandern. Wie bewerten Sie diese Gefahr?

Dorfmann: Wenn die Anforderungen in Europa nach oben geschraubt werden, müssen wir uns natürlich überlegen, wie wir mit Importen umgehen, die diese Auflagen nicht einhalten. Aber ich warne auch vor einer Meinung, die wir oft in Europa haben, dass am Weltmarkt nur der gewinnt, der am billigsten produziert. Wir, die europäische Landwirtschaft, sind derzeit mitunter die größten Gewinner am



MdEP Herbert Dorfmann
Foto: privat

Weltmarkt, und ganz sicher nicht, weil wir die billigsten Produkte haben, sondern weil wir die sichersten und die besten Produkte haben. Den Preiskampf um die billigsten Commodities in der Welt werden wir nie gewinnen. Das ist nicht nur eine Frage von Umweltauflagen, das ist auch eine Frage von Input- und Lohnkosten. Die nachhaltige Produktion ist ein Qualitätsstandard und eine Landwirtschaft, die vernünftig nachhaltig wirtschaftet und hochwertige Produkte herstellt, wird auch zukünftig am Weltmarkt eine bedeutende Rolle spielen.

Wie könnte man der Abwanderung entgegenwirken?

Dorfmann: Die EU-Kommission hat schon angekündigt, dass wir über Grenzzölle nachdenken müssen, wenn wir in Europa Umweltstandards einführen, die deutlich über denen in anderen Regionen der Welt liegen. Dabei dürfen wir allerdings nie vergessen, dass wir nicht nur Importeure von Lebensmitteln, sondern auch Exporteure sind, und zwar die größten weltweit. Es kann nicht im Interesse unserer Bauern und Bäuerinnen sein, Handelskriege mit unseren größten Kunden anzuzetteln. Wir müssen Produkte aus der EU, die mit hohen Umweltstandards hergestellt werden, als solche kennzeichnen und unsere Konsumenten überzeugen, dass sie dafür ein paar Cent mehr ausgeben müssen.

Beim letzten EU-Agrarministerrat haben sich die Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Schlussfolgerung zur F2F-Strategie geeinigt. Wie bewerten Sie diese?

Dorfmann: Der EU-Agrarministerrat hat viele Dinge angesprochen, die wir auch im Parlament diskutieren. Er hat angemahnt, dass bei den Reduktionszielen subsidiär gehandelt werden muss, also geschaut werden muss, wo einzelne Mitgliedstaaten heute stehen. Dieser Verantwortung müssen sich die Verbraucher bewusst werden, v. a. jene, die dauernd an der Landwirtschaft herumnörgeln. Es braucht gute Folgeabschätzungen, und es ist auch wichtig, dass diese Strategie insgesamt als Zukunftsstrategie empfunden wird. Ich habe manchmal den Eindruck, dass manche glauben, dass man Landwirtschaft nachhaltiger gestalten kann, indem man einen Schritt zurück in die Vergangenheit geht. Ich denke aber, dass Nachhaltigkeit mit Zukunft zu tun hat. Ich hätte mir gewünscht, dass der Rat die Rolle und die Verantwortung des Konsumenten stärker darlegt, und ich denke vor allem, diesen Punkt sollten wir im Parlament klar hervorheben. Letztlich entscheidet der Verbraucher, ob es mehr Bioprodukte, lokale Produkte und hochwertige Produkte mit Ursprungsbezeichnung am Markt geben wird. Die Bauern und Lebensmittelverarbeiter produzieren letztlich das, wofür der Konsument bereit ist, Geld auszugeben.

Umweltorganisationen haben die Parlamentsposition zur GAP teils scharf kritisiert. Bundesministerin Klöckner sprach dagegen von einem Systemwechsel. Wie bewerten Sie das?

Dorfmann: Das Europäische Parlament ist bei Nachhaltigkeit und grüner Architektur der GAP ambitionierter als die Ratsposition. Wir haben uns dafür ausgesprochen, jährlich rund ein Drittel des Gesamtbudgets der GAP für Projekte im Bereich der Nachhaltigkeit in der ersten und zweiten Säule zu reservieren. Das wären knapp 20 Milliarden Euro im Jahr. Wer dann noch behauptet, das Parlament würde mit dieser Entscheidung den Planeten zerstören, hat unsere Position nicht gelesen. Ich denke, dass die von uns entworfene GAP mit ihren Elementen wie den Eco-Schemes und den Umweltprogrammen ausreichend Spielraum lässt, um die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie umzusetzen.

EU-Kommissar Frans Timmermans hat jüngst gefordert, den Beitrag der GAP zum Umwelt- und Klimaschutz noch einmal deutlich anzuheben. Was erwarten Sie vom Trilog?

Dorfmann: Ich bin überzeugt, dass wir im Europäischen Parlament einen guten Ausgleich zwischen mehr Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Lebensmittelsicherheit in Europa gefunden haben. Unser Ansatz für die Umweltpolitik ist sehr ambitioniert – im Gegensatz zur Ratsposition. Wenn Herr Timmermans also den Beitrag der GAP zum Umwelt- und Klimaschutz verstärken will, dann ist er gut beraten, die Mitgliedstaaten aufzufordern, die Ideen des Europäischen Parlaments im Trilog zu unterstützen.

Interview: Stephan Schoch